



# BERICHT AUS BERLIN von Dr. Inge Gräßle



25.11.2022

Ausgabe 021

## Kompromiss beim Bürgergeld trägt Handschrift der Union Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ bleibt erhalten!

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

allen Beschönigungen der Ampel-Politiker zum Trotz: Der jetzt im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gefundene Kompromiss zum Bürgergeld trägt eindeutig – und glücklicherweise – die Handschrift der Union.

Das ist ein Erfolg der Einigkeit von Fraktion und CDU-geführten Bundesländern, das ist aber auch eindeutig ein Erfolg unseres Vorsitzenden Friedrich Merz, der trotz extrem unsachlicher Kritik ruhig blieb und sachlich und klar die Schwächen des Bürgergelds offen legte.



Das Wichtigste dabei: „Fördern und Fordern“ bleibt. Die Regelsätze steigen. Das System der Grundsicherung bleibt. Die Union zeigt damit: Wir unterstützen alle, die Hilfe brauchen. Wir zollen denen Respekt, die mit ihrer harten Arbeit diese Solidarität erst möglich machen.

### 1. Weil „Fördern und Fordern“ ein Erfolgsmodell ist

Mit dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ wurden Millionen Frauen und Männer aus der Arbeitslosigkeit befreit. Deutschland hat sich vom kranken Mann Europas zum wirtschaftsstärksten Land in der EU entwickelt. Die Scholz-Regierung wollte sich mit ihrem Bürgergeld von diesem Erfolgsprinzip verabschieden.

### 2. Weil es um Respekt vor harter Arbeit geht

Wer Hilfe braucht, muss sie bekommen. Wer keine Arbeit hat, muss so schnell wie möglich wieder Arbeit bekommen. Beides ist eine Frage des Zusammenhalts. Respekt verdienen aber auch die hart arbeitenden Menschen, die diese Solidarität möglich machen. Sie erwarten zurecht: Wer Hilfe erhält, muss alles tun, um schnell wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

### 3. Weil es Förderung, Unterstützung und Mitwirkung braucht

Wer Grundsicherung erhält, braucht beständige und enge Unterstützung bei der Vermittlung. Dazu zählt auch die Förderung von Weiterbildung für einen guten und sicheren Job. Und es geht um die Mitwirkung derjenigen, die Grundsicherung erhalten. Die Leistungen für Langzeitarbeitslose bleiben an die klare Mitwirkung der Empfänger geknüpft.

Mein Büro in Berlin:



Dr. Inge Gräßle MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin  
Tel: 030 227 73459 – Fax: 030 227 23 73450  
Mail: [inge.graessle@bundestag.de](mailto:inge.graessle@bundestag.de)

Folgen Sie mir in den sozialen Medien:



#### 4. Weil Solidarität keine Einbahnstraße ist

Es ist richtig, dass Ersparnisse im Falle einer Notlage geschützt sind. Es ist aber nicht richtig, wenn eine vierköpfige Familie Hilfe vom Staat bekommt und 150.000 Euro als Vermögen behalten darf. Wer hart arbeitet und für die Hilfen bezahlt, empfindet das als unfair. Deshalb ist es gut, dass die Vermögensgrenzen künftig unter den ursprünglichen Plänen der Scholz-Regierung liegen.

#### 5. Weil Demokratie nur mit Kompromissen funktioniert

Die Union hat in den vergangenen Tagen bewiesen: Demokratie funktioniert nur mit Verhandlungen und Kompromissen. Die Scholz-Regierung war dazu beim Bürgergeld lange nicht bereit. Der Kompromiss ist gut für das Land und gut für die demokratische Kultur. Dieser gute Kompromiss zeigt: Eine konstruktive und lösungsorientierte Opposition wirkt.



### 2./3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023

In der Bereinigungssitzung haben wir im Haushaltsausschuss am 10. November 2022 den Gesetzentwurf Bundeshaushalt 2023 abschließend beraten. Dem folgen nun die Zweite und Dritte Lesung im Deutschen Bundestag. Im Ergebnis sollen sich **Ausgaben** und Einnahmen auf **476,3 Mrd. Euro** belaufen. Dabei soll die nach der Schuldenregel maximal zulässige Kreditaufnahme von 45,6 Mrd. Euro vollständig ausgeschöpft werden. Dies bedeutet gegenüber dem Regierungsentwurf einen Zuwachs der Nettokreditaufnahme um 28,4 Mrd. Euro.

Dennoch wird 2023 die Schuldenbremse formal wieder eingehalten. Die Steuereinnahmen als wichtigste Einnahme des Bundes sinken gegenüber dem Regierungsentwurf um rund 4 Mrd. Euro auf 358,1 Mrd. Euro. Die Investitionen sollen um knapp 13,1 Mrd. Euro auf fast 71,5 Mrd. Euro steigen. **Hingegen sinkt der Etat des Bundesministeriums für Verteidigung um fast 300 Mio. Euro.**

Der Bundeshaushalt 2023 der Ampel ist enttäuschend. Von der vielfach angekündigten Priorisierung und klaren Schwerpunktsetzung ist nichts zu sehen. Statt die Bundesausgaben zu konzentrieren, was in der aktuellen Krisensituation mehr als angebracht wäre, scheint die Ampel auch beim Bundeshaushalt nach dem beliebten Ampel-Motto „jeder bekommt etwas“ vorzugehen. So wird der brüchige Burgfriede der Koalition mit vielen neuen Schulden erkaufte.

Auch von dem lautstark angekündigten Abbau von Subventionen fehlt jede Spur. Am unverständlichsten ist aber angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa, dass sich – entgegen den Ankündigungen des Bundeskanzlers – beim Verteidigungsetat nichts Sichtbares tut. Wie das 2 Prozent-NATO-Ziel erreicht werden soll, bleibt unklar.

Zwar wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf 2023 die Schuldenbremse formal eingehalten. In Wirklichkeit hat die Ampel aber im Laufe des Jahres 2022 in verschiedenen Sondervermögen Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe geparkt, die ohne Anrechnung auf die Schuldenbremse in den Jahren 2023ff. ausgegeben werden sollen. Dies verstößt insbesondere gegen die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sowie dem Jährlichkeitsprinzip. Damit wird die formale Einhaltung der Schuldenbremse 2023 zur Farce.

Zum Vergleich: Die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in den Jahren 1949-1990 summierte sich auf gerade einmal rund 500 Mrd. Euro. In nur einem Jahr häuft die Ampel Schulden in gleicher Höhe an.



Wir stellen den Ampel-Ideen ein angebotsorientiertes Wachstumspaket für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland und sichere Arbeitsplätze gegenüber.

Hierzu haben wir unter Krisengesichtspunkten Ausgaben im Bundeshaushalt neu priorisiert und Einsparpotenzial identifiziert. Unser Vorschlag setzt Mittel zum Schuldenabbau ein und konzentriert sich auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sowie Maßnahmen zur inneren und äußeren Sicherheit:

- Im Fokus steht die steuerliche Gesamtbelastung der Unternehmen auf 25 Prozent zu begrenzen (durch Absenkung des Körperschaftsteuersatzes um fünf Prozentpunkte) und die Optionsmöglichkeiten für Personenunternehmen zu erweitern. Dies würde die Unternehmen um 15 Mrd. Euro jährlich entlasten.
- Dem Fachkräftemangel wollen wir mit einem 421 Mio. Euro starken Maßnahmenbündel entgegenwirken; insbesondere im Rahmen der beruflichen Bildung, Werbeoffensive für Handwerksberufe und einem Digitalpakt für berufliche Bildung.
- Wir nehmen das 2-Prozent-Ziel der NATO ernst und fordern die Aufstockung des Verteidigungsetats und höhere Ausgaben aus dem Sondervermögen – insgesamt um 16 Mrd. Euro. Mit zusätzlich mehr als 580 Mio. Euro wollen wir den Zivil- und Katastrophenschutz stärken.

### Meine Meinung:

Solide Haushaltspolitik ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Respekts gegenüber dem Steuerzahler. Wenn jeder private Haushalt in der Krise sparen und priorisieren muss, dann muss das auch für den Bund gelten!

Hinzu kommt, in dem aktuellen Krisenmix, der unser Land in bisher ungekannter Weise herausfordert, braucht es schnelle, wirkungsvolle und zielgerichtete Unterstützung. Von all dem ist im Bundeshaushalt 2023 nichts zu sehen. Die Bundesregierung hat die „Zeitenwende“ abgesagt.

### Video der Woche

In der aktuellen Haushaltswoche habe ich diesmal nicht am Freitag in der Schlussrunde „abgeräumt“, sondern gleich zu Beginn reden dürfen. Video: [KLICK](#)



### Zitat der Woche

«Nun könnte man das Ganze abhaken, meine Damen und Herren, unter dem Stichwort „handwerklich miserables Regierungshandeln“. Das ist dann eben so, Sie können es vielleicht nicht besser, das ändert sich wahrscheinlich auch nicht.

Das Tragische daran ist nur, dass die Lage für Millionen von Haushalten und Menschen in diesem Land von Tag zu Tag schwieriger wird, dass viele Menschen heute am Ende des Monats nicht wissen, wie sie das Ende des Monats erreichen sollen, und dass vielen Unternehmen mittlerweile das Wasser bis zum Hals steht.»

*Der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz am 23.11.2022 in der Generaldebatte der Haushaltswoche in Richtung Bundesregierung*